



**Ad-hoc Bericht
gem. § 28 GemHVO**

zum 19.03.2019

Vorwort zum Ad-hoc Bericht 19.03.2019

Gemäß § 28 Abs. II GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung zusätzlich zu den bekannten regelmäßigen Berichten unverzüglich zu unterrichten, wenn sich abzeichnet, dass

1. sich das geplante Ergebnis des Ergebnishaushalts oder des Finanzhaushalts wesentlich verschlechtert,
2. sich die Gesamtauszahlungen einer Maßnahme des Finanzhaushalts wesentlich erhöhen werden oder
3. die Stadt die Liquiditätskredite nicht bis zum Ende des Haushaltsjahres zurückführen kann (§ 105 Abs. 1 S. 3 HGO).

In der Budgetierungsrichtlinie der Stadt Neu-Anspach wurde die Begrifflichkeit, ab wann eine Abweichung „wesentlich“ ist, konkretisiert und auf 3 % des Haushaltsvolumens festgelegt. Davon unberührt bleiben aber Abweichungen, die zwar von der Höhe nicht die Wesentlichkeitsgrenze überschreiten, aufgrund ihrer Folgen für die Liquidität oder des Liquiditätskreditrahmens dennoch von wesentlicher Bedeutung sind.

Dieser Bericht enthält im Folgenden:

- Ad-hoc Bericht über die Finanzielle Entwicklung, die Problemstellung, den Ausblick und die Problemlösungsmöglichkeiten
- Muster des Finanzstatusberichts
- Genehmigungsschreiben zur Haushaltssatzung 2019

Finanzielle Entwicklung und Problemstellung

Die Stadt Neu-Anspach prognostizierte im Herbst 2018 einen Jahresverlust 2018 von ca. 600.000 € in der Hoffnung, dass das 4. Quartal hohe Einkommenssteuer und Gewerbesteuer bringt. Diese Hoffnung hat sich nicht bestätigt, sodass der Verlust schlussendlich im bereits zurzeit in Bearbeitung befindlichen Jahresabschluss nahezu 1,5 Mio. € beträgt.

Dies hat zu Folge, dass der Endbestand an Liquiditätskrediten zum 31.12.2018 bereits höher war, als bei der Haushaltsplanaufstellung erwartet.

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung wurden diverse Haushaltskürzungen beschlossen, unter anderem eine 7,27%-ige Pauschalkürzung der Sach- und Dienstleistungen. Die Warnungen des Magistrats, dass eine derartige Pauschalkürzung nicht umsetzbar ist, wurden ignoriert.

Neben der o.g. Auswirkung im Ergebnishaushalt ist die Auswirkung im Finanzhaushalt, also auf die Liquidität der Bankkontobestände bzw. auf den Liquiditätskredit (früher Kassenkredit) von besonderer Bedeutung.

Resultierend aus dem Jahresergebnis 2018, ist auch der derzeitige Liquiditätskredit höher als erwartet. Hinzu fehlen noch nicht umgesetzte, aber eingeplante Einnahmen z.B. aus Grundstücksverkäufen aber vor allem aus der Straßenbeitragssatzung, sodass der derzeitige Stand an Liquiditätskrediten 3.106.000 € (Stand 22.03.2019) beträgt.

Die Haushaltssatzung 2019 der Stadt Neu-Anspach hat, unter Berücksichtigung der o.g. Konsolidierungsmaßnahmen, einen Liquiditätsrahmen von 3.000.000 € vorgesehen.

Am 19.03.2019 erhielt die Stadt Neu-Anspach die Haushaltsgenehmigung zur Haushaltssatzung 2019 (siehe Anlage). Gemäß § 97 Abs. 5 HGO ist die Haushaltssatzung nun gemeinsam mit der Genehmigung öffentlich bekannt zu machen und sieben Tage öffentlich auszulegen. Erst dann tritt der Haushalt 2019 formal in Kraft.

Mit Inkrafttreten des Haushalts 2019 tritt dann auch der reduzierte Kassenkreditrahmen von 3.000.000 € in Kraft. **Mit diesem Zeitpunkt wäre die Stadt Neu-Anspach zahlungsunfähig.** Die Banken dürften der Stadt nicht über die Haushaltssatzung hinausgehende Liquiditätskredite zur Verfügung stellen.

Ausblick

Größere Einnahmen sind erst am 30.04.2019 wieder fällig (Einkommenssteuer/Umsatzsteuer 1. Quartal). Folglich würde die Zahlungsunfähigkeit mindestens bis dahin andauern. Da auch am 15.05.2019 die Realsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer) für das 2. Quartal fällig sind, wird sich die Liquidität im Mai entspannen und sich dann bis zum 31.07.2019 (2. Quartal Einkommenssteuer/Umsatzsteuer bzw. 15.08.2018 Realsteuern) wieder zuspitzen, sodass spätestens im Juli eine erneute Zahlungsunfähigkeit vorliegen könnte.

Die Forderung, Liquiditätskredite bis zum 31.12. eines Jahres vollständig zurückzuführen, wird auf keinen Fall erreicht werden können.

Problemlösungsmöglichkeiten und Vorgehen des Magistrats

Entgegen der Vorgaben in der HGO lässt sich die Zahlungsunfähigkeit kurzfristig nur abwenden, in dem die Haushaltssatzung 2019 nicht öffentlich bekannt gemacht wird und damit die Vorjahresgenehmigung weiter in Kraft ist. Diese beinhaltete noch einen – vor Hessenkasse - Liquiditätskreditrahmen von 15,0 Mio. €.

Um die Situation zu lösen, ist zwingend ein Nachtragshaushalt erforderlich, indem der Liquiditätskreditrahmen erhöht wird, welcher am 11.04.2019 eingebracht wird

Grundsätzlich ist ein Liquiditätskreditrahmen nur in Höhe von 200 € pro Einwohner genehmigungsfähig (2.932.800 €). Ein höherer Liquiditätskreditrahmen von z.B. 4,0 oder 5,0 Mio. € wird daher zusätzlich von der oberen Aufsichtsbehörde – dem RP – genehmigt werden müssen.

Da die HGO im Rahmen der Hessenkasse erst vor kurzem verschärft wurde und sich die Stadt Neu-Anspach noch in 2018 mit der Ablösung von 5,6 Mio. € Liquiditätskrediten vertraglich an die Einhaltung dieser Vorgaben verpflichtet hat, ist nicht zu erwarten, dass das Genehmigungsverfahren ohne weiteres verläuft. Harte Einschnitte, Gebührenerhöhungen sowie Steuererhöhungen sind zu erwarten.

Ergebnis finanzielle Leistungsfähigkeit Finanzstatusbericht Neu-Anspach zum 19.03.2019

Indikator pro Einwohner (14.732)	Bewertung ggf. der Entwicklung nach Indikatoren pro Einwohner	Gewichtung der Indikatoren pro Einwohner in %	Berechnung	Indikator	Ergebnis Neu-Anspach	Status
ordentliches Ergebnis	Überschuss (mehr als + 5 €) = 1	45%	1,00	0,50	45,00%	grün (+) > 70% gelb (0) < 70% und > 40% rot (-) < 40%
	jahresbezogener Haushaltsausgleich (im Korridor von - 5 € bis + 5 € oder durch Rücklage) = 0,75					
	defizitär im Korridor (weniger als - 5 € bis - 40 €) = 0,5					
	defizitär im Korridor (weniger als - 40 € bis - 75 €) = 0,25					
defizitär (weniger als - 75 €) = 0						
Bestand ordentliche Rücklage	Bestand = 1	5%	0	0	0,00%	
	kein Bestand (< 0 €) = 0					
Kumulierte ordentliche Ergebnisse nach doppischer Rechnungslegung	Verrechnungswert > 0 € = 1	10%	0	0	0,00%	
	Verrechnungswert < 0 € (damit Fehlbetragbestand) = 0					
Ausweis von Eigenkapital (nach letzter geprüften Bilanz)	positiver Eigenkapitalbestand = 1	5%	1	1	5,00%	
	negativer Eigenkapitalbestand (< 0 €) = 0					
Kassenkreditverbindlichkeiten (Kommune plus Sondervermögen)	Kein Bestand = 1	10%	211,81	0	0,00%	
	Bestand bis 200 € = 0,5					
	Bestand über 200 € = 0					
Zahlungsmittelfluss lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich der Tilgung	Saldo > 5 € = 1	25%	< 0	1	0,00%	
	im Korridor von 0 € bis 5 € = 0,5					
	Saldo < 0 € = 0					
		100%			50,00%	



Landratsamt · Postfach 1941 · 61289 Bad Homburg v. d. Höhe

An den
Magistrat der Stadt
- Rathaus -
61267 Neu-Anspach

**DER LANDRAT DES
HOCHTAUNUSKREISES**
als Behörde der Landesverwaltung
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5
61352 Bad Homburg v. d. Höhe

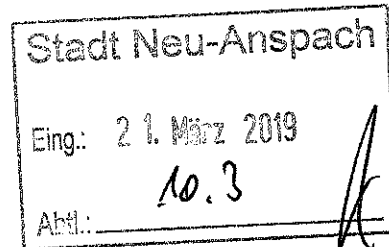
Kommunalaufsicht

Ihr Ansprechpartner:

Herr Rödl
Eingang 1 - Zimmer: 509
Tel.: 06172 999-9016
Fax: 06172 999-9823
gernot.roedl@hochtaunuskreis.de

Az.:90.16

19. März 2019



Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

- Ihre Vorlage vom 19.12.2018, hier eingegangen am 20.12.2018

Anlage: -1-

Anbei erhalten Sie meine aufsichtsbehördliche Genehmigung zum Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2019 (§ 6 der Haushaltssatzung) und zu den in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 vorgesehenen Kreditaufnahmen (§ 2) und Verpflichtungsermächtigungen sowie zum Höchstbetrag der Liquiditätskredite (§ 4).

Ich bitte um weitere Veranlassung gemäß § 97 Abs. 5 HGO.

I. Feststellungen zum Haushaltsplan 2019

1. Das ordentliche Ergebnis des Haushaltsjahres 2019 weist einen Planüberschuss i. H. v. 615,2 TEUR aus. Die mittelfristige Ergebnisplanung zeigt weiterhin Überschüsse im ordentlichen Ergebnis (592,1 TEUR in 2020, 813,7 TEUR in 2021 und 1.326,5 TEUR in 2022).
2. Aus laufender Verwaltungstätigkeit wird im Haushaltsjahr 2019 ein Überschuss in Höhe von 1.715,9 TEUR erwirtschaftet. Die Kredittilgung im Umfang von 1.350,1 TEUR sowie die Auszahlung an die Hessenkasse in Höhe von 365,6 TEUR (zusammen 1.715,7 TEUR) können somit aus laufender Verwaltungstätigkeit erbracht werden. Selbiges gilt auch für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung.

Landratsamt
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5
61352 Bad Homburg v.d.H.

Taunus Sparkasse
BLZ 512 500 00 · Kto. 100 9605
IBAN: DE33 5125 0000 0001 0096 05
SWIFT-BIC: HELADEF1TSK

Nassauische Sparkasse
BLZ 510 500 15 · Kto. 245 034 660
IBAN: DE93 5105 0015 0245 0346 60
SWIFT-BIC: NASSDE55

Postbank
BLZ 500 100 60 · Kto. 9 957 600
IBAN: DE28 5001 0060 0009 9576 00
SWIFT-BIC: PBNKDEFF

3. Das kumulierte ordentliche Ergebnis beläuft sich mit Ablauf des Haushaltsjahres 2018 auf – 8.429,7 TEUR. Die Stadt Neu-Anspach macht gemäß dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept von der im Rahmen der Hessenkasse eröffneten einmaligen Möglichkeit Gebrauch, die bis dahin nicht abgedeckten Fehlbeträge gemäß § 25 Abs. 3 GemHVO im Jahresabschluss 2018 mit dem Eigenkapital zu verrechnen. Mit Abschluss des Jahres 2018 bestehen somit keine Altfehlbeträge mehr.
4. Gemäß Finanzstatusbericht wird im aktuellen Haushaltsjahr 2019 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2020 jeweils ein negativer Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres ausgewiesen (2019: -630,1 TEUR; 2020: -102,4 TEUR). Das Haushaltssicherungskonzept benennt Einsparungspotentiale aus verschiedenen Produktbereichen, die ab dem Haushaltsjahr 2021 wieder positive Zahlungsmittelbestände erwarten lassen.
5. Zum Ende des Haushaltsjahres 2018 bestehen Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten in Höhe von 3.327,8 TEUR. Gemäß der vorgelegten Liquiditätsplanung wird für das Haushaltsjahr 2019 der Liquiditätsbedarf nach § 105 Abs. 2 HGO ausgewiesen. Der höchste monatsbezogene Liquiditätsbedarf liegt demnach bei 2.930,6 TEUR. Ein Liquiditätspuffer nach § 106 Abs. 1 HGO besteht nicht.
6. Die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2017 sind aufgestellt und liegen dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises vor.

Mit dem Gesetz zur Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen bei liquiditätswirksamen Vorgängen und zur Förderung von Investitionen (HessenkasseG) vom 25.04.2018 (GVBl. S. 59) erfolgten Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), die am 01.01.2019 in Kraft getreten sind, jedoch bereits für die Haushaltspläne und Haushaltssatzungen, die im Laufe des Jahres 2018 erstellt und beschlossen wurden, zu beachten waren.

Die Stadt Neu-Anspach hat gemäß den zuvor getroffenen Feststellungen bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften beachtet.

II. Genehmigungen zum Haushaltsplan 2019

1. Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes

Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2019 wird erteilt.

2. Genehmigung der Kredite

Die Genehmigung der Kreditaufnahmen für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **438.021,00 EUR** wird erteilt.

3. Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen

Die Genehmigung der für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von **4.834.000,00 EUR** zur Leistung von in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 erforderlich werdenden Auszahlungen wird erteilt.

4. Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite

Die Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **3.000.000,00 EUR** wird erteilt.

III. Auflagen zum Haushaltsplan 2019

1. In Anspruch genommene Liquiditätskredite sind gemäß § 105 Abs. 1 Satz 3 HGO bis zum Ende des Haushaltsjahres vollständig zurückzuführen. Ist eine Rückführung zum Jahresende nicht möglich (z. B. infolge der Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen), sind die Liquiditätskredite im folgenden Jahr zurückzuführen.
2. Die für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 106 Abs. 1 HGO zu bildende Liquiditätsreserve beläuft sich gemäß der vorgelegten Liquiditätsplanung auf 587,4 TEUR. Tatsächlich fehlt dieser Liquiditätspuffer. Grundsätzlich soll der vollständige Aufbau des Liquiditätspuffers bis 2020 abgeschlossen sein. Da die Stadt Neu-Anspach am Entschuldungsprogramm der Hessenkasse teilnimmt, kann der Aufbau des Liquiditätspuffers sukzessive erfolgen, ist aber bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes, also bis spätestens 2022, abzuschließen (vgl. Ziff. II.4 des Orientierungsdatenerlasses des HMdIS vom 13.09.2018).
3. Die aufgestellten Jahresabschlüsse sind gemäß § 112 Abs. 9 HGO auch der Aufsichtsbehörde bekannt zu geben. Für das Genehmigungsverfahren maßgeblich ist jeweils der Jahresabschluss des Vorjahres. Zukünftig sind der Aufsichtsbehörde die Aufstellung des entsprechenden Jahresabschlusses durch den Magistrat und die Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 112 Abs. 9 HGO sowie die Vorlage des Jahresabschlusses an das Rechnungsprüfungsamt zu bestätigen.
4. Nach § 92 Abs. 4 i. V. m. § 92 Abs. 6 HGO soll der Haushalt jedes Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Der Haushaltsausgleich im Vollzug unterliegt einer dem Haushaltsjahr nachgelagerten Kontrolle der Aufsichtsbehörde durch die Jahresabschlüsse. Zukünftig sind der Aufsichtsbehörde die Jahresabschlüsse nach der Aufstellung (möglichst in elektronischer Form) zu übersenden.
5. Die Berichte über den Stand des Haushaltsvollzugs nach § 28 GemHVO an die Stadtverordnetenversammlung sind der Aufsichtsbehörde halbjährlich vorzulegen.

Ich bitte, diese Verfügung gemäß § 50 Abs. 3 HGO der Stadtverordnetenversammlung in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben.


Ulrich Krebs
Landrat

GENEHMIGUNG

Hiermit genehmige ich

1. das für das Haushaltsjahr 2019 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Anspach am 13.12.2018 beschlossene Haushaltssicherungskonzept (§ 6 der Haushaltssatzung) gemäß § 97 a HGO in Verbindung mit § 92 a Abs. 3 HGO,
2. den in § 2 der Haushaltssatzung der Stadt Neu-Anspach für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite in Höhe von

438.021,00 EUR

(in Worten: Vierhundertachtunddreißigtausendeinundzwanzig Euro)

gemäß § 103 Abs. 2 HGO,

3. den in § 3 der vorgenannten Satzung festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

4.834.000,00 EUR

(in Worten: Vier Millionen Achthundertvierunddreißigtausend Euro)

gemäß § 102 Abs. 4 HGO,

4. den in § 4 der vorgenannten Satzung für die Aufnahme von Liquiditätskrediten festgesetzten Höchstbetrag von

3.000.000,00 EUR

(in Worten: Drei Millionen Euro)

gemäß § 105 Abs. 2 HGO.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 19. März 2019
- 90.16 -



Der Landrat
des Hochtaunuskreises

Ulrich Krebs
Landrat